

KULTURELLE PRÜFSTEINE der NEUEN GESELLSCHAFT FÜR BILDENDE KUNST

in Zusammenarbeit mit "Ästhetik und Kommunikation", berliner arbeitskreis Film e.V., "Berliner Hefte", Frauen und Film, Medienoperative, Neue Gesellschaft für Literatur, Gruppe Ratgeb, Kulturverein "Schauplazz", Verband der Filmarbeiterinnen, Elefanten Press Galerie, Werkbund-Archiv, Türkenzentrum

Die Hauptversammlung der NEUEN GESELLSCHAFT FÜR BILDENDE KUNST hat am 2.4.1981 beschlossen, diese Prüfsteine den kandidierenden Parteien zur Wahl zum Abgeordnetenhaus am 10.5.1981 vorzulegen. Diese sollen auf einem öffentlichen Hearing von Vertretern der betroffenen Gruppen befragt werden und zu den Prüfsteinen konkret Stellung nehmen.

* * * * *

Kulturpolitik ist Teil einer Gesellschaftspolitik, die darauf gerichtet ist, humane, sozial gerechte und demokratische Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle zu schaffen und zu erhalten.

Für eine lebendige Kunst und Kultur in dieser Stadt reicht es nicht aus, wie bisher üblich, fast ausschließlich die traditionellen Kulturangebote staatlich zu fördern. Geht man von einem erweiterten Kulturbegriff aus, der künstlerische Produkte ebenso umfaßt wie die kulturellen Verarbeitungsformen und Eigenaktivitäten, durch die sich Menschen ihre soziale Umwelt aneignen, dann wird deutlich, daß die bisherige Kunst- und Kulturpolitik sich einseitig auf die Förderung der sogenannten repräsentativen "Hochkultur" beschränkt. Demgegenüber fordern wir, überhaupt erst einmal die Voraussetzungen zu schaffen, damit künstlerische und kulturelle Produktivität sich auf breiter Basis entfalten kann:

Förderung von hier lebenden Künstlern, Künstlergruppierungen und künstlerischen Projekten; Unterstützung von kulturellen Eigeninitiativen; Schaffung von Öffentlichkeiten, in denen sich eine lebendige Kunst und Kultur vermitteln kann; Erziehung zu einer antifaschistischen Haltung und die Entwicklung kreativer Fähigkeiten bereits in der Schule; Bewahrung einer friedlichen Umwelt.

Durch eine Verbreiterung und qualitative Verbesserung kultureller Angebote, die von vielen getragen werden, kann Kultur für die Bewohner dieser Stadt zu einem selbstverständlichen Teil ihrer Lebens- und Arbeitsformen werden.

Kultur erlangt eine immer größere Bedeutung dafür, ob und auf welche Weise Menschen ihre soziale und individuelle Identität entwickeln. Sie kann aber diese Funktion nur erfüllen, wenn sie nicht als Sonntagsangebot oder als folgenlose Beschäftigungstherapie für die Freizeit begriffen und unter weitgehendem Ausschluß der Öffentlichkeit geplant und kontrolliert wird.

Wir formulieren mit unseren kulturellen Prüfsteinen eine Veränderung der bisherigen Konzeptionen und Methoden und eine notwendige Umorientierung der bisherigen Kultur- und Kunstpolitik. Dazu bedarf es der Offenlegung und Diskussion der bisherigen Subventionspolitik, eindeutiger Festlegungen kultureller Prioritäten und die Ausbildung neuer Förderungsstrukturen.

Wir fordern deshalb:

1.) OFFENLEGUNG DES KULTURETATS

Um der stereotypen Argumentation, es seien keine Mittel vorhanden, wirksam begegnen zu können, fordern wir zunächst eine Offenlegung der Subventionspolitik. Aus dem in der Einleitung formulierten Kulturbegriff ergibt sich für uns die Notwendigkeit einer Umstrukturierung der bisherigen Kulturförderung des Senats. Wir fordern eine Aufstockung und Umschichtung der Mittel zugunsten freier Gruppen und kultureller Stadtteilarbeit. Es ist nach dem Beispiel des Kultur-Entwicklungsplans Osnabrücks durchaus denkbar, den Etat für klassische Kulturinstitutionen vorübergehend einzufrieren und stattdessen im Bereich der nicht-etablierten Kultur mehr zu investieren. Auf jeden Fall sollten Streichungen auf keinen Fall im Etatbereich der freien Gruppen erfolgen, da er ohnehin kaum 3% des gesamten Kulturetats ausmacht. Ein Sonderetat für Kultur-Forschung nach dem Beispiel Nürnbergs sollte eingerichtet werden, aus dem spontan und unbürokratisch wichtige, finanziell nicht aufwendige Projekte gefördert werden können. Ein wesentlicher Teil der Kulturobjekte wird durch Mittel der Deutschen Klassenlotterie finanziert. Diese zusätzlichen Mittel zum Kulturetat begrüßen wir. Wir fordern aber, daß die Entscheidungen des Stiftungsrates der Deutschen Klassenlotterie begründet werden und parlamentarischer Kontrolle unterliegen.

2.) KULTURAUSTAUSCH STATT "EXPORT und IMPORT"

Den für Berlin wichtigen kulturellen Bereichen "Kulturexport" und "Kulturimport" muß - anders als bisher - ein inhaltliches Gesamtkonzept zugrundeliegen. Der Beirat für Kulturaustausch darf kein unverbindliches Beratergremium bleiben, sondern muß bei der Auswahl der Projekte mitentscheiden.

Für den "Kulturexport" sollten der gastgebenden Stadt nicht nur repräsentative Projekte und Gruppen vorgeschlagen werden, sondern auch zunehmend freie Theater- und Musikgruppen sowie Beispiele des jungen Berliner Films. Im Rahmen des internationalen Künftler austausches sollten auch von Berliner Künstlern eigenständig für das Ausland konzipierte Projekte unterstützt werden.

Neben den Städten, in denen sich wichtige Teile des Kulturlebens konzentrieren, müssen verstärkt auch die Regionen berücksichtigt werden. Der kulturelle Austausch mit Westdeutschland und mit den Heimatländern der ausländischen Arbeitnehmer ist bisher vernachlässigt worden.

Eine wichtige Aufgabe des Kulturaustausches ist die Förderung der Kommunikationsmöglichkeiten von Berliner Künstlern mit westdeutschen und ausländischen Kollegen. Zahl und Ausstattung der Auslands-Stipendien für Berliner Künstler sollten dem DAAD-Programm für ausländische Künstler angeglichen werden. Auch sollten Stipendien für Arbeitsaufenthalte von Berliner Künstlern in Westdeutschland (und umgekehrt) bereitgestellt werden. Die Hälfte der Mitglieder der Auswahlgremien müssen Künstler sein.

3.) FÜR VON KÜNSTLERN SELBSTVERWALTETE KUNST- UND KULTURFESTE

Neben bestehenden Festivals, die demokratisiert und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden müssen, sollte es von Berliner Künstlern selbstverwaltete Kunst- und Kulturfeste geben, die - ähnlich wie in Nancy - für das Theater - neue Entwicklungen in der Kunst aufgreifen.

4.) VERSTÄRKUNG DER KULTURARBEIT IN DEN BEZIRKEN

Notwendige Grundlage für die Entwicklung der kulturellen Infrastruktur sind:

- in erster Linie eine neue, an den Interessen der Bevölkerung orientierte Stadtplanung, die für alle ausreichend Wohnraum bereitstellt und die freie Wahl des Wohnorts für alle gewährleistet;
- hauptamtliche Kunstamtsleiter mit besserer Besoldung und mehr Planstellen sowie mehr Mittel für Projekte;
- die Aufhebung der verfügbaren Sparmaßnahmen und die Aufstockung sowohl der personellen als auch der materiellen Ausstattung der bezirklichen Volkshochschulen in der Höhe, wie sie von der Hörerververtretung und der Dozentenarbeitsgemeinschaft gefordert werden;
- die Verabschiedung eines längst überfälligen Weiterbildungsgesetzes, das den komplexen Bedürfnissen der Erwachsenenbildung und Erwachsenenbildner Rechnung tragen muß;
- die Schaffung von lokalen Kultur-"Läden" und Kulturhäusern sowie Stadtteilschultheatern in jenen Stadtteilen, deren Bewohner bisher für eine aktive Aneignung von Kultur keine Chance hatten. Diese lokalen Kultureinrichtungen sollen multifunktional nutzbar sein:
 - a) für kulturelle Eigenaktivitäten von Bewohnern,
 - b) für ein professionelles Kulturprogramm vor Ort, insbesondere von "freien Gruppen",
 - c) für die Einbeziehung der Kultur der in diesem Gebiet lebenden ausländischen Bewohner,
 - d) als Zentren für Medienarbeit.
- Umnutzung von alten Gewerbegebäuden in von Künstlern selbstverwaltete "Kulturfabriken". Ehemalige Gewerbegebäude mit guter Bausubstanz, die wegen der Lärmbelastung in der Nähe von Wohngebäuden nicht mehr gewerblich genutzt werden können, sollen vom Land Berlin übernommen und zu tragbaren Mieten an Künstler als Ateliers und Probenräume vermietet werden.

Zu einer Belebung der kulturellen Stadtteilarbeit ist eine bloße Projektförderung ungeeignet. Notwendig ist eine kontinuierliche und langfristige Förderung und die Absicherung professioneller Kulturarbeiter in Form von Planstellen, ergänzt durch Werkverträge.

5.) FÖRDERUNG DER AUSLÄNDER-KULTURARBEIT

Kultur leistet einen Beitrag zur Erhaltung von kultureller Identität und zur Verständigung zwischen verschiedenen Kulturen. Kulturarbeit von, mit und für die hier lebenden Ausländer muß auf drei Ebenen gefördert werden:

- Bereitstellung von Mitteln für selbstverwaltete Einrichtungen für ausländische Mitbürger, die die Entfaltung eigener, demokratischer kultureller Bedürfnisse ermöglichen,
- Einbeziehung in stadtteil-orientierte Kulturhäuser (siehe Punkt 4) zur Präsentation der eigenen Kultur wie auch zur Entwicklung interkultureller Aktivitäten,
- angemessene Einbeziehung der Kultur aus den Heimatländern in den Kulturaustausch und in die Programme der repräsentativen Institutionen (wie Schauspiel, Oper, Philharmonie, Festivals).

6.) KULTURPOLITISCHER SCHWERPUNKT: ALLTAGSKULTUR

Während professionell hergestellte künstlerische Produkte eher einer öffentlichen Aufmerksamkeit gewiß sein können, fallen die verschiedenen Ausdrucksformen von Alltagskultur - verstanden als Tätigkeiten und Verhaltensweisen, mit denen sich die Menschen ihre soziale Umwelt aktiv aneignen und verändern - durch die Maschen des Kulturbetriebs, der auf die Verwertbarkeit von Einzelleistungen ausgeht. Repräsentative Ausstellungsformen, durch die nur selten passive Rezeptionsformen verändert werden, berücksichtigen nicht das Bedürfnis nach produktiver Selbsttätigkeit, mit denen viele auf das Abstraktwerden gesellschaftlicher Lebensverhältnisse reagieren.

Notwendig ist deshalb die Schaffung von Voraussetzungen und Angeboten, durch die sich die Menschen ihrer eigenen alltäglichen Kultur bewußt werden können, historisch wie aktuell. Während sich die Alltagskultur der feudalen wie der bürgerlichen Gesellschaft direkt ausdrückt in der städtischen Umwelt, in oft aufwendigen Sammlungen und Museen (z.B. dem Bereich der Staatlichen Schlösser und Gärten sowie dem Berlin-Museum) aufbewahrt ist und sich auch in den verschiedenen künstlerischen Gattungen niedergeschlagen hat, gibt es für die kulturellen Lebensweisen der abhängig Beschäftigten wie der kulturellen und ethnischen Minoritäten keine ausreichenden öffentlichen Vermittlungsformen.

Wir fordern daher die Gründung eines Museums-Schwerpunktes für Alltagskultur als sinnvolle Ergänzung der bestehenden Berliner Museums-Landschaft. In den West-Berliner Depots und Archiven befinden sich schon zahlreiche Bestände, die uns Leben und Erfahrungen der Arbeiter, Angestellten und kleinen Gewerbetreibenden nahebringen könnten. Viele auf ihren traditionellen "Kunstcharakter" beschränkte Werke aus den herkömmlichen Museen kommen hinzu. Ansätze zu solchen Sammlungen und Erkundigungen sind bereits vorhanden, z.B. im Rahmen des Werkbund-Archivs als "Museum für Alltagskultur des 20. Jahrhunderts (im Aufbau)" und der "Berliner Geschichtswerkstatt e.V."

Diese Bestände müßten ergänzt werden, z.B. durch Feldforschung in Berliner Betrieben, im Kiez, bei den Gewerkschaften, der Arbeiterhilfe etc.. Auch die in der Bundesrepublik Deutschland bisher selten angewandte Methode des aktiven Sammelns sollte hier praktiziert werden. Die gerade in Berlin bisher unbeachteten Privatsammler von Gegenständen der Alltagskultur sollen aktiv am Aufbau eines solchen Sammelnschwerpunkts beteiligt werden. In diesem Bereich könnte auch die in den USA besonders für die Indianer-, Gewerkschafts- und Frauengeschichte entwickelte Methode der mündlichen Geschichte (Oral History) eine sinnvolle Anwendung finden, unter Einbeziehung von Tonband- und Video-Gruppen.

Ein solcher Ausstellungsschwerpunkt für Alltagskultur sollte die lokalen Einrichtungen, wie z.B. den "Verein zur Erforschung und Darstellung der Geschichte Kreuzbergs"/Kunstamt Kreuzberg nicht ersetzen, sondern ergänzen, denn der Bezirk ist nur ein Aspekt der Stadtlandschaft.

Erst nach einer Vorbereitungszeit sollte mit dem Aufbau eines Schwerpunkt-Museums in einer erhaltenen Berliner Mietskaserne mit Fabrik im Hinterhof begonnen werden. Nach der Ansiedlung zahlreicher Kulturinstitutionen in Kreuzberg wären der Wedding oder Neukölln geeignete Standorte. Inhalt und Aufgabenstellung eines aktiven Museums fordern eine neue Struktur. Sie muß geeignet sein, den Dialog der Benutzer und Museumsmacher bei der Gestaltung von Sammlung und Repräsentation zu zeigen. Mit der ersten Planungsstufe des Sammelns und Erforschens sollten in verschiedenen Stadtteilen kleinere Ausstellungen einhergehen, die das Projekt bekanntmachen und zur Mitarbeit anregen. Im Laufe dieser Phase sollten z.B. einige dezentrale Orte, wie ein altes Krankenhaus oder eine Volksschule in einem Arbeiterviertel, evtl. eine Kaserne, ein früheres Gewerkschaftshaus und eine Armenküche im ursprünglichen Zustand wiederhergestellt werden. Straßen- und Hoffeste sind weitere Quellen für alte Fest- und Gemeinschaftsformen und die Rekonstruktion von Stadtteilgeschichte.

7.) KULTURPOLITISCHER SCHWERPUNKT: INDUSTRIEKULTUR

Die industrielle Gesellschaft stellt nicht nur ein sich ständig veränderndes System erweiterter Produktion und fortschreitender Technik dar, sondern sie wirkt auch ständig von neuem ein auf die Art und Weise, wie die Menschen mit der technisch-industriellen Umwelt leben. Industriekultur rückt jene kulturellen Verhältnisse in den Vordergrund, die durch Industrie und Technik mit hervorgebracht wurden und in deren Struktur hineingegangen ist. Unter dieser Perspektive werden technisch-industrielle Entwicklungen, Verfahrensweisen und Gegenstände interpretierbar als Teil der Kultur und Lebensweise, in die sie sich hineingegraben haben. An technischen Funktionen und an industriellen Bauten werden kulturelle Zusammenhänge sichtbar, die unsere Lebenswelt entscheidend mitgeprägt haben, bis hinein in unsere Erfahrungs- und Wahrnehmungsformen.

Industriekultur meint deshalb auch mehr und anderes als bloße Technikgeschichte, die linear und fortschreitend gedacht wird. Sie zielt auf eine unverkürzte Rekonstruktion von industrialisierten Lebensverhältnissen, in denen Zerstörung und Entfremdung ebenso mitangelegt sind wie alternative Entwicklungsmöglichkeiten.

Beispielhaft für dieses Verständnis ist das geplante Museum für Technik und Verkehr, dessen Konzeption gerade in dieser Spannung von Technik und Kultur eine zentrale Vermittlungsfunktion sieht. Zwar wurde vor kurzem endlich eine Million Mark für den Ausbau des Verkehrsmuseums auf dem nördlichen Teil des Anhalter Güterbahnhofgeländes bewilligt; wenn aber wichtige Sammlungen und Experten für West-Berlin nicht verlorengehen sollen, dann muß dieser Museumschwerpunkt endlich finanziell abgesichert werden.

8.) MUSEUM FÜR FASCHISMUS UND WIDERSTAND

Zehn Prozent der Mittel, die für das Museum für Technik und Verkehr vorgesehen sind, sollen für die Errichtung eines Museums über Faschismus und Widerstand auf dem ehemaligen Gelände der GeStaPo (Prinz-Albrecht-Straße) zur Verfügung gestellt werden.

9.) NOVELLIERUNG DES DENKMALSCHUTZGESETZES

Der Landeskonservator muß von der Bauverwaltung unabhängig werden, am besten der Senatskanzlei zugehören. Die Denkmalpflege ist für die Diskussion über die Veränderung ganzer Stadtbereiche beispielsweise in Zusammenhang mit der IBA unzureichend vorbereitet. Der Zustand einer defensiven Denkmalpflege, die zur selektiven Bevorzugung von Stadtarealen, wie etwa der Kulturschneise zwischen Charlottenburg und Mariannenplatz, beiträgt, muß überwunden werden. Über den Schutz einzelner Baudenkmäler hinaus müssen ausreichende Mittel zur Erhaltung von Ensembles im Stadt-Zusammenhang bereitgestellt werden.

Der Begriff "Denkmals-Kritik" sollte eingeführt werden, weil uns die Vergangenheit immer die falschen Heroen auf den Sockel stellte - wir andererseits nicht - wie in der Französischen Revolution - die Denkmäler köpfen wollen.

10.) KUNST IM STADTRAUM

Die positiven Entwicklungen der letzten Zeit bei der Durchführung von Kunst-am-Bau-Projekten (mehr zur Verfügung stehende Finanzmittel und deren Ausdehnung auf nicht objektbezogene Projekte für Kunst im Stadtraum und paritätisch besetzte Jurys) müssen ergänzt werden durch eine stärkere Einbeziehung der Betroffenen und die grundsätzliche Akzeptierung demokratischer Juryentscheidungen durch Politiker und Behörden.

11.) ERHALTUNG DES "TEMPODROM" oder ERRICHTUNG EINES FESTEN WINTERZIRKUS AM SELBEN ORT

Das TEMPODROM muß als wesentliche Bereicherung des kulturellen Angebots und als Spielstätte freier Gruppen trotz des Konkurses erhalten bleiben. In diesem Zusammenhang ist die kulturelle Identität des gesamten umgebenden Stadtbereichs zu diskutieren. "Stadtreparatur" darf hier nicht zur Verdrängung von Funktionen führen, nach der Zeit der Verödung (seit den großen Abrissen) diese Gegenden wiederzubeleben.

12.) MUSIK

Die derzeitige Förderung für "freie" Musikgruppen ist unzulänglich. Es fehlt vor allem an Übungsräumen für Rock, Punk und Jazzmusik. Wir fordern einerseits Übungsräume in dezentralen Kunst- und Kulturzentren zwecks Zusammenarbeit von Musikern und anderen Künstlern, andererseits treten wir für die Einrichtung eines allgemein zugänglichen, von Musikern selbst verwalteten Zentrums mit Übungsräumen, Studios für Probeaufnahmen und Schallplatten-, Tonband- und Kassetten-Ausleihe sowie zwei Konzertsälen ein (z.B. altes BEWAG-Gebäude). Wir treten ein für Unterricht in Jazz-, Rock-, Punk- und Schlagermusik sowie Instrumental-Unterricht und -Theorie an allen allgemeinbildenden Schulen und fordern die Öffnung der Fachbereiche 7 bis 9 an der Hochschule der Künste für Jazz, Rock und Punk sowie die Einrichtung eines Studiengangs für Jazz, Rock, Punk und Schlager.

13.) TANZ, PANTOMIME und AKROBATIK

Die Probleme in diesem Bereich sind ähnlich gelagert wie bei den "freien" Theatergruppen. Wir verweisen daher auf diesen Punkt (Nr. 14.).

14.) MULTIFUNKTIONALE SPIELSTÄTTEN FÜR FREIE THEATERGRUPPEN

Als ständige Heimat für freie Gruppen im Bereich Theater, Tanz, Musik und Aktionen sollte das Hebbel-Theater genutzt werden. Diese Kreuzberger Bühne müßte technisch und personell so ausgestattet werden, daß für normale Probe- und Spielmöglichkeiten gesorgt wäre. Die Berliner Benutzergruppen sollten gemeinsam mit dem ständigen Personal ein Arbeits- und Selbstverwaltungsmodell ausarbeiten. So könnte man auch eine Identifikation ermöglichen, die die notwendige Sorgfalt und Mitverantwortlichkeit der freien Gruppen gewährleistet.

Nach dem Umzug der Schaubühne sollen ihre bisherigen Räumlichkeiten als feste Spielstätte der Theatermanufaktur zur Verfügung gestellt werden.

Die systematische Förderung freier Theater-, Musik- und Tanzgruppen muß ausgebaut werden. Der Etat des Kultursenators für diese Gruppen sollte überproportional innerhalb der Ausgaben für Theater, Musik und Tanz wachsen. Ein besonderer Haushaltstitel für soziokulturelle Arbeit sollte eingerichtet werden. Auch die Berliner Festspiele GmbH muß verpflichtet werden, für freie Gruppen und soziokulturelle Arbeit einen Teil ihrer Etats zur Verfügung zu stellen. Weil freie Gruppen häufig nicht über ein eigenes Sekretariat und eine eigene professionelle Buchführung verfügen und diese auch nur mit überproportionalen Kosten einrichten können, sollten mit freien Gruppen Werkverträge abgeschlossen werden, die eine detaillierte Abrechnung, die prüfungsfähig sein muß, nicht erfordern (parallel zur Vergabe von Aufträgen an die freie Wirtschaft!).

Die Bereitstellung des Hebbel-Theaters bedeutet nicht, daß die freien Gruppen auf diese Weise ghettoisiert und zentralisiert werden. Vielmehr sollen auch in Zusammenarbeit mit den Kunstämtern der Bezirke Spielstätten in den Stadtteilen, besonders Neukölln, Wedding und dem Märkischen Viertel, geschaffen werden.

15.) ERNEUERUNG DER BERLINER FILMFÖRDERUNG

Wir fordern die Einrichtung eines Berliner "Filmhauses" im DELPHI und auf dem gegenüberliegenden Gelände Ecke Kantstraße und Fasanenstraße. Träger dieser Einrichtung sollten die Freunde der Deutschen Kinemathek, der baf e.V., die Medienoperative e.V., Gegenlicht, das AUF, Verband der Filmarbeiterinnen, Frauen und Film, Sphinx Filmproduktions- und Verlags-GmbH, aber auch unabhängige Filmemacher sein (Parellele: Hamburger Filmhaus).

Neben einem Kinosaal für kommunale Kinos wie das Arsenal sollten eine Fachbibliothek, ein Archiv, Arbeits- und Seminarräume, Produktionsmöglichkeiten für Film und Video, mehrere Schneidetische, Geräte-Verleih, Redaktionsräume für zur Zeit nicht subventionierten Film-Journalismus (z.B. Frauen und Film) und ein Café eingerichtet werden. Eine solche Maximallösung sollte in Etappen realisiert werden. Wichtig ist aber, daß die Planung von Anfang an auf einen arbeitsfähigen Schwerpunkt Film ausgerichtet ist.

Außerdem ist das Filmhaus dringend erforderlich, um die zahlreichen Berliner Film- und Videoaktivitäten in einer zentralen Koordinations- und Produktionsstelle zusammenzufassen. Hierdurch können sich die vorhandenen innovativen Ansätze im Film- und Videobereich weiterentwickeln, z.B. durch die Organisation von Videoforen, Produktionsschauen für Super 8-Film, Performances etc. So können auch gemeinsam getragene medienübergreifende Projekte (Film, Video, Theater, bildende Kunst u.a.) entwickelt werden. Eine Institution wie das Filmhaus hätte zudem die Aufgabe, die dezentrale Medienarbeit mit Film und Video im Zusammenhang mit den notwendigen bezirklichen Kultureinrichtungen zu verstärken. (vgl. vor allem Abschnitt "Kulturarbeit in den Bezirken"). Film und Video muß in der lokalen Kulturarbeit verankert werden!

Die momentane Planung des Senators für Kulturelle Angelegenheiten, das Delphi zu einer Probebühne des Theaters des Westens umzufunktionieren oder an den Knapp-Konzern zu vermieten, damit dieser der Berliner Festspiele GmbH den Zoo-Palast für die Film-Festspiele beläßt, sollte schnellstens vom Tisch, falls der politische Senat wirklich daran interessiert ist, daß Film endlich genauso wie die klassischen Musen gefördert wird, und daß die Ku-Damm/Zoo-Gegend nicht noch weiter abkippt. Ein lebendiges Berliner Filmhaus im Delphi wäre ein erster Schritt, den City-Bereich durch ein kulturelles Angebot jenseits von Peep-Shows und Bratwurstbuden wieder attraktiv zu machen. Die Pläne der Berliner CDU, ein solches Filmhaus ins ständig bankrotte Ku-Damm-Karree zu quetschen, um eine weitere Touristen-Attraktion zu schaffen, führt ins Abseits.

Darüberhinaus fordern wir einen Entwicklungsplan für Filmkultur in Berlin, der beispielsweise folgende Aspekte berücksichtigt:
die Öffnung der Filmförderung für andere Filmforen wie Dokumentarfilme, Kurzfilme, Experimentalfilme; ein jährliches Filmvolksfest in Berlin, um den Kontakt zwischen den jungen Filmemachern, ihren Schauspielern, Kameraleuten usw. und der Berliner Bevölkerung auszubauen; den Aufbau von Abspielstellen in den Bezirken, den Einsatz beweglicher Filmprojektion bei besonderen Anlässen, sowie besondere Förderung für Verleih und Abspiel bei Filmen für Kinder und Jugendliche.

16.) GEZIELTE MASSNAHMEN ZUR LITERATUR- UND VERLAGSFÖRDERUNG

Mit gezielten Maßnahmen zur Literaturförderung kann nicht länger gewartet werden, bis der immer wieder verzögerte Literaturbericht des Senats vorliegt. Wir fordern deshalb schon jetzt:

Der mit Unterstützung des Senators für Kulturelle Angelegenheiten 1975 projektierte Studiengang für Autoren sollte ohne weitere Verzögerung an einer Berliner Hochschule verwirklicht werden.

Mit dem Ausbau der sozial-kulturellen Breitenarbeit sollte eine zentrale Vermittlungsstelle geschaffen werden, die Künstler aller Sparten in entsprechende Projekte und Tätigkeitsfelder vermittelt und auch selbst Programme entwickelt und anbietet, die in öffentlichen Einrichtungen, - z.B. Schulen, Heimen, Haftanstalten - eingesetzt werden können.

Im Künstlerprogramm des Senators für Arbeit und Soziales sollte neben den existierenden Förderungsprogrammen auch ein Programm für Schriftsteller geschaffen werden.

Das Tucholsky-Haus in der Lübecker Straße sollte über eine bloße Gedenkstätte hinaus zu einem literarischen Treffpunkt mit Veranstaltungs-, Club- und Galerieräumen, mit einer Medienwerkstatt und Gästewohnungen (Stadtschreiber, auswärtige Gäste) ausgebaut werden.

Ein wichtiger Kulturfaktor in Berlin ist das breite Spektrum insbesondere kleinerer und mittlerer Verlage, die allesamt mit ständigen ökonomischen Problemen zu kämpfen haben, weil sie aus der derzeit praktizierten Wirtschaftsförderung für Gewerbetreibende herausfallen. Es gilt, die bestehenden Förderungsprogramme für Verlage zu öffnen bzw. spezifische wirtschaftliche Förderungsmaßnahmen für sie zu treffen.

17.) MEDIENPOLITIK

Die öffentlich-rechtliche Struktur der Rundfunkanstalten muß erhalten bleiben; ein Zugriff der Privatverleger auf die Kabelfernseh-Pilotprojekte muß verhindert werden. Der fortschreitenden Monopolisierung im Pressewesen muß durch gezielte Maßnahmen entgegengewirkt werden.

18.) KREDITE FÜR FREIBERUFLICHE KÜNSTLER

Noch immer sind freiberufliche Künstler und ihre Angehörigen durch ihr unregelmäßiges Einkommen in ihrer Kreditwürdigkeit bei den Geldinstituten diskriminiert. Wir fordern die Einrichtung einer Stiftung nach existierenden Vorbildern oder eines speziellen Berliner Künstlerkredit-Programms, sei es zur Vergabe von Kreditgarantien oder sei es zur direkten Vergabe von Künstlerkrediten. Selbst der Weimarer Staat hatte den Künstlerverbänden bereits ein größeres Vermögen und dessen Zinsen für solche Zwecke zur Verfügung gestellt.

19.) UNTERSTÜTZUNG AUTONOMER PROJEKTE VON FRAUEN IM KULTURBEREICH

Vorab sei betont, daß mit dieser Forderung keine Aussiedlung der Frauenprobleme aus den sonstigen Punkten in einen Sonderbereich im Abseits gemeint ist. Im Gegenteil: in jedem Punkt muß berücksichtigt werden, daß der traditionellen Diskriminierung von Frauen aktiv entgegengesteuert wird.

Trotzdem ist offensichtlich, daß zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt unter Frauen das Bedürfnis und die bei anderen historischen Emanzipationsbewegungen auch als berechtigt zugestandene Tendenz besteht, ihre Sache allein durchzuführen.

Außerdem fordern wir die finanzielle Unterstützung anderer bereits existierender Initiativen und Projekte.